

Frau  
Dr. Angela Merkel, MdB  
Parteivorsitzende  
CDU Deutschland  
Klingelhöferstr. 8, Konrad-Adenauer-Haus  
10785 Berlin

14. November 2017

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

bei den Sondierungsgesprächen zur Bildung einer Bundesregierung ist die Energie- und Klimapolitik für die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) von fundamentaler Bedeutung. Die energieintensiven Industrien stehen zum Klimaschutz und dem Abkommen von Paris. Wir möchten mit unseren Positionen zu einer konstruktiven Debatte beitragen:

- Die energieintensiven Industrien stehen mit ihren Grundstoffen am Anfang der Wertschöpfungskette und schultern den Energie- und Treibhausgasrucksack für die nachfolgenden Produktionsstufen. Durch unsere innovativen Grund- und Werkstoffe, die in modernen und energieeffizienten Anlagen produziert werden, wird ein effizienter Klimaschutz erst möglich. Windkraft, Solar- und Biogasanlagen oder Speichertechnologie und Gebäudeenergieeffizienz sind ohne unsere Produkte nicht realisierbar.
- Den größtmöglichen Beitrag zum Klimaschutz können wir leisten, wenn wir am Standort Deutschland wettbewerbsfähig produzieren, Innovationen entwickeln und wachsen können. Entscheidend dafür ist, dass die technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland die Zwänge des internationalen Wettbewerbs vollumfänglich berücksichtigen und Nachteile zu Ungunsten der energieintensiven Industrien ausgleichen. Durch unseren hohen Energiebedarf in der Produktion hat eine sichere und bezahlbare Energieversorgung besondere Bedeutung.

**Die energieintensiven Industrien in Deutschland:**

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS)

Bundesverband Glasindustrie e.V. (BV Glas)

Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)

Verband Deutscher Papierfabriken e.V. (VDP)

Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM)

Wirtschaftsvereinigung Stahl

- Alle Entscheidungen, die zu Energiepreissteigerungen und einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führen, haben einen negativen Einfluss auf die energieintensiven Industrien. Deshalb dürfen in den Koalitionsvereinbarungen keine Entscheidungen getroffen werden, die sich zu Lasten des Industriestandortes Deutschland auswirken können. Eine wettbewerbsfähige Grundstoffproduktion muss auch weiterhin möglich sein.

Ein gleichlautendes Schreiben haben wir an die Parteivorsitzenden von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gesandt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dominik von Achten  
Präsident  
Bundesverband Baustoffe-Steine und Erden e.V.

Dr. Frank Heinrich  
Präsident  
Bundesverband Glasindustrie e. V.

Dr. Kurt Bock  
Präsident  
Verband der Chemischen Industrie e.V.

Winfried Schaur  
Präsident  
Verband Deutscher Papierfabriken e. V.

Dr. Martin Iffert  
Präsident  
Wirtschaftsvereinigung Metalle

Hans Jürgen Kerkhoff  
Präsident und Hauptgeschäftsführer  
Wirtschaftsvereinigung Stahl